

ischen Union, ihren sozialen Zusammenhalt, den wirtschaftlichen Wohlstand aller Bürgerinnen und Bürger und das Engagement des Kontinents für den globalen Frieden zu unterstützen.

Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufes gehören neben Gesine Schwan und Ralf Stegner (SPD) unter anderem Gerhard Schick und Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Axel Troost und Harald Wolf (DIE LINKE), Rainer Hoffmann (DGB) und Hans-Jürgen Urban (IG Metall). Weitere Informationen unter: restart-europe-now.eu.

Kurt Beck

Zwischenruf: Die unsicheren Kantonisten

Konservative auf Kriegsfuß mit der EU?

Wird der politische Konservatismus zum Risiko für das europäische Einigungswerk? Ist er im Begriff, sich aus einer Triebkraft der Integration, die er in Teilen in der Gründungsphase der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und noch eine beträchtliche Zeit danach war, zum Bremsklotz oder gar zur Gefahr für die Zukunft der Union zu entwickeln? Diese Frage muss gestellt werden, nachdem starke Kräfte im britischen Konservatismus den Austritt ihres Landes aus der Gemeinschaft in die Wege geleitet haben und die Abwendung der konservativen Regierungen in Polen und Ungarn nicht nur vom europäischen Einigungswerk, sondern auch von dessen grundlegenden Ideen einer rechtsstaatlichen und sozialen Demokratie für ganz Europa wahrhaft besorgniserregende Formen angenommen hat. Das Zerfließen der Grenzen zwischen gewichtigen Teilen der demokratischen Rechten und dem Rechtspopulismus in Kernländern Europas wie Frankreich, und sogar in unserem eigenen Land, die CSU demonstriert es immer mal wieder, ist beunruhigend. Es verheißt für die Zukunft der Union nichts Gutes.

Das ist umso alarmierender, als es einst doch unbestreitbar herausragende Repräsentanten des Nachkriegskonservatismus waren, die nach den Katastrophen von Totalitarismus und zwei Weltkriegen maßgeblich an der Grundsteinlegung für das vereinte Europa beteiligt waren. Gewiss, die Wurzeln dieses unabgeschlossenen historischen Projekts, das heute auf unerwartete Weise von rechts gefährdet wird, reichen weit in die Zwischenkriegszeit zurück. Zu ihnen gehören vor allem zwei heute fast vergessene Ereignisse aus dem Jahre 1925: die Gründung der Paneuropa-Union durch Richard Coudenhove-Kalergi mit dem sozialdemokratischen Parlamentspräsidenten Paul Löbe als Vorsitzendem ihrer deutschen Sektion und das Heidelberger Programm der SPD, in dem erstmals mit beeindruckender Zuversicht die Vereinigten Staaten von Europa auf die politische Tagesordnung einer Partei gesetzt wurden.

Die ersten praktischen Schritte auf diesem, wie damals viele dachten, unvermeidlichen Weg – die Vorbereitung und Gründung von Montanunion und Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft – verbinden sich mit den Namen einer Reihe be-

deutender, bis heute unvergessener bürgerlich-konservativer Politiker unterschiedlicher politischer Schattierung. Zu ihnen gehören vor allem die Franzosen Jean Monnet und Robert Schuman, die Italiener Altiero Spinelli und Alcide De Gasperi sowie Konrad Adenauer. All diese Persönlichkeiten mochten sehr unterschiedliche Vorstellungen vom Ziel des mit Leidenschaft begonnenen Einigungswerkes haben, aber sie stimmten darin überein, dass damit sofort ein historischer Anfang gemacht werden muss und zwar auf einem Zentralgebiet der Politik und der zwischenstaatlichen Beziehungen: der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Sie sollte dann schrittweise zu einer immer engeren Verflechtung fortgeführt werden, aus der sich mit der Zeit alles Weitere wie von selbst ergeben würde. Das war die Hoffnung dieser Zeit.

Kein Zweifel, bürgerlich-konservative Politiker der Kernländer haben nicht nur in der unmittelbaren Gründungszeit, sondern auch während einer längeren Phase danach bedeutende Beiträge zum europäischen Einigungswerk geleistet. Das gilt ungeschmälert auch für den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl. Es ist ihnen, was sich als problematischer erweisen sollte, darüber hinaus gelungen, der Architektur der Europäischen Gemeinschaft in wichtigen Fragen den Stempel ihrer politischen Weltsicht aufzuprägen. Das galt eine Zeit lang für Charles de Gaulles Vorstellung, die Gemeinschaft dürfte in ihren politischen Institutionen nichts anderes sein als ein »Europa der Vaterländer«. Da war der nationale Vorbehalt schon sehr hörbar. Und es galt nahezu während der gesamten Geschichte der Einigung für ihre Politik des strikten Vorrangs der Integration der Märkte vor einer wirklichen Sozialunion mit einer wirksamen europaweiten Sozialpolitik. Eine Sichtweise und eine Politik, die sich mehr und mehr als eine der mitentscheidenden Ursachen für die Schwächung der EU in der Gegenwart und den zunehmenden Verlust des Vertrauens in sie zu erkennen gibt. Die Dominanz des Marktdenkens und die Vernachlässigung einer gleichrangigen Politik des sozialen Schutzes für alle Bürgerinnen und Bürger haben bei einer wachsenden Zahl von ihnen den Eindruck aufkommen lassen, diese Union sei nicht wie versprochen der sichere Damm gegen die Zumutungen der globalisierten Märkte, sondern öffne ihnen vielmehr Tür und Tor.

Dualismus einander widersprechender Leitbilder

Es hat ja in der Europäischen Gemeinschaft seit Anbeginn immer einen tiefen Dualismus zweier einander widersprechender Leitbilder der Wege und des Ziels für das Einigungswerk gegeben. Auf der einen Seite standen diejenigen, die sich von den Ideen der paneuropäischen Bewegung und des Heidelberger Programms der SPD leiten ließen. Sie wollten eine europäische föderative Republik mit gemeinsamer Bürgerschaft und starken politischen Institutionen, für die der gemeinsame Markt eher ein Mittel als ein Ziel sein sollte: mit Europa als Überwindung der nationalstaatlichen Zersplitterung des Kontinents die dauernde Gefahr von Krisen und Kriegen zu bannen. Auf der Gegenseite befanden sich die Anwälte eines Primats der reinen Marktintegration, für die im Grunde alle darüber hinausgehenden politischen Gemeinschaftsprojekte bestenfalls widerwillig gewährte und möglichst weitgehend zu verwässernde Konzessionen waren. Das Ringen um eine gemeinsame Politik der Bekämpfung der legalen und illegalen Steuerverkürzung ist ein heute aktuelles Bei-

spiel. Bei der Vorbereitung der Römischen Verträge von 1957 waren es die deutschen Konservativen, die sich mit ihrer nachdrücklich vertretenen Position durchsetzten, die Hauptsache sei die Europäisierung der Märkte, die Sozialpolitik hingegen müsse, soweit sie nicht für das grenzüberschreitende Funktionieren der Märkte unabdingbar sei, möglichst komplett eine Sache der Nationalstaaten sein und bleiben.

Erst die bedeutenden Initiativen des Sozialisten François Mitterrand als französischem Präsidenten und der unermüdliche Nachdruck seines Landsmanns und Parteifreunds Jacques Delors als Präsident der EU-Kommission haben in den 80er Jahren dafür gesorgt, dass in den Führungsgremien der EU und dann auch in Verträgen die einseitige Vorherrschaft des Verständnisses der Gemeinschaft als Markt überwunden wurde und die Gleichrangigkeit der EU als eine Sozialunion auf die Tagesordnung kam, zwar zunächst mehr als eine Norm denn als Wirklichkeit, aber immerhin. Der große soziale Anspruch ist nun als Aufforderung und Mahnung an mehreren Schlüsselstellen des Grundlagenvtrags von Lissabon festgeschrieben. Aber aus dem bleibenden nationalen Vorbehalt resultierte die bis heute in der Praxis unkorrigierte verhängnisvolle Schiefelage in der Architektur des Hauses Europa.

Soziale Einheit des Kontinents hinkt hinterher

Hinter der scheinbar unaufhaltsamen Integration der Märkte hinkt die soziale Einheit des Kontinents immer noch fast hoffnungslos hinterher. Für den gemeinsamen Markt sorgen die Verträge und notfalls der Europäische Gerichtshof nahezu automatisch, während für jeden sozialen Fortschritt in der Union im Ministerrat der EU die Vertreter der nationalen Regierungen mühsam um Konsens oder Mehrheiten ringen müssen, infolge des allgegenwärtigen konservativen Zögerns und notfalls Vetos, allzu oft vergeblich. Zuletzt hat die Rettungspolitik der EU für Griechenland diesen Missstand auf fatale Weise sichtbar gemacht, indem sie eine Austeritätspolitik erzwang, die so tat, als gäbe es in Europa keine gemeinsamen sozialen Standards und Verpflichtungen. Auch das hat das Vertrauen in die Union nicht gerade gestärkt.

Gewiss, der europäische Konservatismus ist alles andere als einheitlich. Er reicht in den unterschiedlichsten Schattierungen von kulturell konservativen christlichen Demokraten und Marktfundamentalisten über Nationalkonservative bis zu unverblühten Rechtspopulisten. Diese weite Ausdifferenzierung in Richtungen und Gruppierungen macht allgemeine Urteile schwierig, aber es gibt durchaus verbindende Gemeinsamkeiten innerhalb der demokratischen Rechten. Dazu gehört das Übergewicht des Nationalstaats und der Märkte. Es gibt kaum Zweifel, dass das meiste von dem, was Europa heute auseinandertreibt und die Kräfte der Integration schwächt, aus dieser Richtung kommt. Der Konservatismus, die demokratische Rechte ist in der gegenwärtigen Integrationskrise Europas von einer Kraft des Zusammenhalts und Zusammenwachsens zu einem Faktor der Schwächung und der Infragestellung des Verbindenden geworden.

Das zeigt sich am deutlichsten an einigen charakteristischen Tendenzen in ihrer Entwicklung und ihrer Europapolitik der letzten Jahre.

Am auffälligsten ist der bei vielen Konservativen, selbst in herausragenden Staatsämtern zu beobachtende Verlust des Respekts vor den Institutionen der Europäischen Union und den Grundlagen ihrer Wirksamkeit. Die krassesten Beispiele dafür waren der taktisch-spielerische Umgang des britischen Premierministers David Cameron mit der EU-Mitgliedschaft seines Landes und die nahezu höhnische Zurückweisung europäischer Beschlüsse in der Flüchtlingspolitik besonders durch den ungarischen Premierminister (unter dem Beifall von Helmut Kohl und aus der CSU).

Am bedenklichsten erscheint mir die offenkundige Rechtsverschiebung in Teilen des europäischen Konservatismus in Richtung Nationalismus bis hin zur offenen Fremdenfeindlichkeit sogar in Schlüsselländern der EU wie Frankreich, Polen und wiederum Ungarn.

Konservative unter Druck

Sie führt zu einer von dieser Seite betriebenen Blockade einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik, ohne welche die anstehenden, eher noch wachsenden Probleme auf diesem Feld nicht gelöst werden können – ja, sogar zum Sprengsatz für das ganze Gemeinschaftswerk werden könnten.

Diese Konservativen geraten unter dem Druck ihrer rechten Ränder immer stärker auf die schiefe Bahn einer Verwischung der Grenzen zum Nationalismus und zum eigentlichen Rechtspopulismus – und, wie Nicolas Sarkozy mit seinen jüngsten Volten vorführt, zur antieuropäischen Polemik.

Eine beträchtliche Gefahr für das Vertrauen in die EU, die Wirksamkeit ihrer supranationalen Institutionen, ihre demokratische Legitimationskraft und für die Unterstützung durch ihre Bürgerinnen und Bürger liegt auch in der stillen Verschiebung der eigentlich maßgeblichen Entscheidungszentren weg von der Gemeinschaftsmethode und dem Parlament hin zum Kreis der Regierungschefs, wie sie etwa der ehemals ausgewiesene Europäer Wolfgang Schäuble in jüngster Zeit für viele unerwartet verfiel.

Die Aussichten des historischen Einigungswerks Europa, dessen Berechtigung ja angesichts der voranschreitenden Globalisierung und der zunehmend schärfer werden Krisen und bewaffneten Konflikte an den Rändern Europas nicht geringer wird, sondern enorm wächst – erscheinen düster, wenn allzu viele seiner konservativen Politiker in der Krise zu unsicheren Kantonisten werden. Umdenken tut not.



Kurt Beck

war von 1994 bis 2013 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und von 2006 bis 2008 Bundesvorsitzender der SPD, Vorsitzender der FES.

gabriele.schliebach@fes.de